

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Kultur und Medien (22. Ausschuss)**

- a) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Lukrezia Jochimsen, Dr. Petra Sitte, Sevim Dağdelen, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.  
– Drucksache 16/8880 –**

**Konzepte der Vermittlung des Wissens zur NS-Zeit überprüfen und den veränderten Bedingungen anpassen**

- b) zu dem Antrag der Abgeordneten Katrin Göring-Eckardt, Monika Lazar, Priska Hinz (Herborn), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 16/8184 –**

**Systematische Weiterentwicklung der politischen Bildung beim Thema Nationalsozialismus**

### **A. Problem**

Überlebende und Zeitzeugen des Nationalsozialismus stehen immer seltener zur Verfügung, um die Erinnerung an die NS-Herrschaft wachzuhalten. Die Konzepte zur Vermittlung der Geschichte dieser Zeit müssen deshalb nach Auffassung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN überarbeitet und der neuen Situation angepasst werden.

Zu Buchstabe a

Die Fraktion DIE LINKE. fordert in ihrem Antrag neue Konzepte der historisch-kritischen Bildungsarbeit als Reaktion auf Desinteresse und Abwehr, die Schülerinnen und Schüler beim Thema Nationalsozialismus im Geschichtsunterricht zeigen. Die Bundesregierung soll die Vermittlung des Wissens über die NS-Zeit zu einem Schwerpunkt in der Bildungsforschung machen, dazu internationalen Sachverständigen und gemeinsam mit der Kultusministerkonferenz den Austausch über die „Holocaust Education“ organisieren. Bis zum Ende der Wahlperiode soll sie ein Gesamtkonzept zur Vermittlungsarbeit der NS-Erinnerung erarbeiten, das öffentlich diskutiert werden müsse. Die institutionell geförderten NS-Gedenkstätten seien so mit Personal auszustatten, dass sie jederzeit den Bedarf an pädagogisch orientierter Betreuung decken können.

Zu Buchstabe b

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzt sich für eine Bildungsoffensive ein, um bereits bestehende Wissenslücken bei Jugendlichen zu füllen und für einen lebendigen Unterricht auf diesem Feld zu sorgen. Eine wichtige Rolle kommt dabei aus der Sicht der Fraktion den KZ-Gedenkstätten zu. Sie müssten systematisch zu Lernorten ausgebaut werden, die dauerhaft mit Schulen kooperieren und in Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale und den Landeszentralen für politische Bildung verstärkt Lehrerfortbildungen anbieten. Die Bundesregierung soll auf die Kultusministerkonferenz einwirken, für die regelmäßige Evaluierung der Vermittlung der Geschichte des Nationalsozialismus zu sorgen und die Aufarbeitung des Nationalsozialismus stärker als bisher in der Lehrerausbildung und fortbildung zu verankern. Forschungseinrichtungen, die sich der Geschichte und Wirkung des Holocaust widmen, sollen unterstützt werden.

## **B. Lösung**

Zu Buchstabe a

**Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Zu Buchstabe b

**Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

## **C. Alternativen**

Annahme der Anträge.

## **D. Kosten**

Die Kosten wurden nicht erörtert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 16/8880 abzulehnen,
- b) den Antrag auf Drucksache 16/8184 abzulehnen.

Berlin, den 25. Juni 2008

### **Der Ausschuss für Kultur und Medien**

**Hans-Joachim Otto (Frankfurt)**  
Vorsitzender

**Dorothee Bär**  
Berichterstatterin

**Angelika Krüger-Leißner**  
Berichterstatterin

**Christoph Waitz**  
Berichterstatter

**Dr. Lukrezia Jochimsen**  
Berichterstatterin

**Katrin Göring-Eckardt**  
Berichterstatterin

## Bericht der Abgeordneten Dorothee Bär, Angelika Krüger-Leißner, Christoph Waitz, Dr. Lukrezia Jochimsen und Katrin Göring-Eckardt

### I. Überweisung

Zu Buchstabe a

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/8880** in seiner 157. Sitzung am 24. April 2008 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Kultur und Medien sowie zur Mitberatung an den Innenausschuss und den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung überwiesen.

Zu Buchstabe b

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/8184** in seiner 145. Sitzung am 21. Februar 2008 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Kultur und Medien sowie zur Mitberatung an den Innenausschuss und den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Zu Buchstabe a

Die Fraktion DIE LINKE. fordert in ihrem Antrag neue Konzepte der historisch-kritischen Bildungsarbeit als Reaktion auf Desinteresse und Abwehr, die Schülerinnen und Schüler beim Thema Nationalsozialismus im Geschichtsunterricht zeigten. Die Bundesregierung soll die Vermittlung des Wissens über die NS-Zeit zu einem Schwerpunkt in der Bildungsforschung machen, dazu internationalen Sachverstand heranziehen und gemeinsam mit der Kultusministerkonferenz den Austausch über die „Holocaust Education“ organisieren. Bis zum Ende der Wahlperiode soll sie ein Gesamtkonzept zur Vermittlungsarbeit der NS-Erinnerung erarbeiten, das öffentlich diskutiert werden müsse. Die institutionell geförderten NS-Gedenkstätten seien so mit Personal auszustatten, dass sie jederzeit den Bedarf an pädagogisch orientierter Betreuung decken können.

Mit dem Abtreten der Erlebnisgeneration entstehe auf der Seite der authentischen Erinnerungstradition eine Lücke, während gleichzeitig die (emotionale) Distanz nachwachsender Generationen zum historischen Ereignis wachse. Auf diese Situation sei mit neuen Konzepten zu reagieren, lautet die Forderung.

Zu Buchstabe b

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzt sich in ihrem Antrag dafür ein, KZ-Gedenkstätten systematisch zu Lernorten auszubauen, die dauerhaft mit Schulen kooperieren. In Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale und den Landeszentralen für politische Bildung müssten die KZ-Gedenkstätten die Lehreraus- und fortbildung verstärken sowie Unterrichtsmaterial für die Schulen erarbeiten. Die Lehrpläne in den Schulen seien regelmäßig im Hinblick auf die Vermittlung der Geschichte des Nationalsozialismus zu evaluieren, in der Lehreraus- und fortbildung müsse das Thema Aufarbeitung des Nationalsozialismus eine größere Rolle als

bisher spielen. Außerdem fordert die Fraktion, dass Forschungseinrichtungen, die sich der Geschichte und Wirkung des Holocaust widmen, von Seiten des Bundes unterstützt werden.

Die Fraktion begründet ihren Antrag mit eklatanten Wissenslücken über den Nationalsozialismus bei Jugendlichen und dem Beginn einer neuen Erinnerungsepoche, in der Überlebende und Zeitzeugen nicht mehr zur Verfügung stehen, um diesen Teil der Geschichte anschaulich zu vermitteln. Es sei eine Bildungsoffensive erforderlich, um das Wissen über den Nationalsozialismus lebendig und nachhaltig zu vermitteln.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Innenausschuss** hat am 25. Juni 2008 Ablehnung empfohlen mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat in seiner Sitzung am 25. Juni 2008 ebenfalls Ablehnung empfohlen mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Zu Buchstabe b

Der **Innenausschuss** hat in seiner Sitzung am 25. Juni 2008 Ablehnung empfohlen mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat ebenfalls am 25. Juni 2008 Ablehnung empfohlen mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im Ausschuss für Kultur und Medien

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat die Anträge in seiner 62. Sitzung am 25. Juni 2008 abschließend beraten und empfohlen, beide Anträge abzulehnen.

Zu Buchstabe a

Den Antrag der Fraktion DIE LINKE. lehnten die Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

Zu Buchstabe b

Den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnten die Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

Die Beratung war eingebettet in die Diskussion über eine Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption der Bundesregierung. Zu einem Entwurf des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) hatte der Ausschuss am 7. November 2007 in einem öffentlichen und in einem unmittelbar anschließenden nichtöffentlichen Expertenhearing Vertreterinnen und Vertreter von Institutionen sowie Einzelsachverständige gehört. Die Stellungnahmen der Sachverständigen und das Protokoll des öffentlichen Teils der Anhörung sind im Internet dokumentiert. Am 25. Juni 2008 lag dem Ausschuss für Kultur und Medien die daraufhin überarbeitete Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption vor.

Beide antragstellenden Fraktionen machten deutlich, dass sie mit ihren parlamentarischen Initiativen darauf zielten, die Erinnerungskultur aktiv zu gestalten und den veränderten Bedingungen anzupassen, die nicht zuletzt dem Tod der Zeitzeugen geschuldet sind.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hob hervor, dass eine Bildungsoffensive auf Bundesebene zugunsten der Erinnerungskultur im ganzen Land gebraucht werde,

um Defizite etwa in der Forschung oder in der Arbeit der Erinnerungsstätten zu beheben. So könnten in Buchenwald mangels Personal nur 50 Prozent der nachgefragten Führungen angeboten werden. Außerdem müssten die Lehrpläne für die Schulen überarbeitet, müsse die Zusammenarbeit zwischen den Landeszentralen und der Bundeszentrale für politische Bildung verstärkt werden. Dass die Fraktion mit ihrem Antrag wichtige Punkte aufgegriffen hätten, zeige nicht zuletzt die positive Resonanz bei denjenigen, die in diesem Sektor arbeiten.

Die Fraktion DIE LINKE. erläuterte, die Konzepte zur Wissensvermittlung über die NS-Zeit müssten überprüft und den veränderten Bedingungen angepasst werden. Wenn Staatsminister Bernd Neumann als Ziel der Gedenkstättenkonzeption deren Bedeutung für die Bildungsarbeit hervorhebe, korrespondiere dies mit den Absichten der Fraktion DIE LINKE. Angesichts von Antisemitismus und wachsender Unkenntnis über die NS-Zeit, gelte es, durch Bildung und Aufklärung gegenzusteuern. Im Kern gebe es daher keinen Unterschied zwischen den Anträgen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Die Mehrheit im Ausschuss lehnte jedoch ab, weil zwar in Teilen dieselben Ziele verfolgt würden, wie die Fraktion der SPD zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erklärte, aber kein Einvernehmen über den einzuschlagenden Weg herrsche.

Berlin, den 25. Juni 2008

**Dorothee Bär**  
Berichterstatterin

**Angelika Krüger-Leißner**  
Berichterstatterin

**Christoph Waitz**  
Berichterstatter

**Dr. Lukrezia Jochimsen**  
Berichterstatterin

**Katrin Göring-Eckardt**  
Berichterstatterin





